

Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung in den vergangenen fünfunddreißig Jahren

Veröffentlicht: Mai 2004

Fortgeschrieben: Februar 2011

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, des Steueraufkommens, der Lebenshaltungskosten und der Einkommen in Baden-Württemberg	6
3. Die Entwicklung der Einkommen in Euro in den verschiedenen Gehalts- und Vergütungsgruppen im Bezug auf die Entwicklung der Einkommen in der Wirtschaft.....	8
4. Geringeres Einkommen in der öffentlichen Verwaltung als Ausgleich zu sicherem Arbeitsplatz.....	9
5. Lebenshaltungskostenentwicklung und ihre Wirkung speziell auf Personen mit niedrigem Einkommen.....	9
6. Ausgabenentwicklung des Landes	14
7. Was wäre wenn	15
8. Entwicklung der Schulden in Bezug zu den Steuereinnahmen	17
9. Die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 35 Jahren.....	18
10. Etwas zum Thema „Anderen Wasser predigen und selber Wein trinken	19
11. Zusammenfassung der Erkenntnisse aus den Kapiteln	21
12. Resümee	23

1. Vorwort

Die Zeiten werden gerade besser, aber das letzte Tief liegt erst knapp zwei Jahre zurück, das nächste wird unausweichlich kommen. Es wird seit Jahren erfolglos nach Lösungen gesucht. Da bleibt für die meisten nur noch eins: Schuldige an den vergangenen und auch an sicher wiederkehrenden Misere zu suchen und sich selbst von jeder Schuld zu befreien. Jedem ist es schon so gegangen und meist untermauert man seine Begründungen mit Argumenten, die selten objektiven Kriterien standhalten. Es ist immer das gleiche Szenario, ob hierarchisch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Staat und Bürger oder auf gleicher Ebene zwischen Wirtschaft und Staat, oder den Arbeitnehmern in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Es werden Schuldige gesucht und unter Gleichgesinnten auch schnell gefunden - es sind immer die Anderen.

Mit dieser Ausarbeitung soll für jeden zugängliches Datenmaterial des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, sowie aus verschiedenen Gesetzblättern des Bundes und des Landes so aufgearbeitet, zusammengefasst und dargestellt werden, dass möglichst viele objektive Sachverhalte für jeden leicht erkennbar werden. Es sollen Entwicklungen aufgezeigt werden, die, selbstverständlich unter vielen anderen Aspekten, letztendlich mit dazu geführt haben, dass wir da stehen, wo wir stehen. Sie soll vor allem Verständnis untereinander wecken und dafür sorgen, dass notwendige Maßnahmen von möglichst vielen akzeptiert werden können.

Vor vierzig, fünfzig Jahren, als es in Deutschland noch richtig boomte, das deutsche Wirtschaftswunder unendlich erschien, wurde jeder, der in den öffentlichen Dienst ging, als ängstlich und dumm hingestellt, weil er auf ein deutlich höheres Einkommen in der freien Wirtschaft zu Gunsten einer höheren Sicherheit verzichtete. Vor ca. zehn Jahren, bei zeitweise fünf Millionen Arbeitslosen, keinem Wirtschaftswachstum und dem Risiko für viele in der Wirtschaft, arbeitslos zu werden, haben die Beschäftigten in der Wirtschaft den Staat als schuldigen und die öffentlichen Bediensteten, im Gegensatz zur Einschätzung bis vor zwanzig Jahren, als die großen Gewinner der letzten fünfunddreißig Jahre ausgemacht. Sie verdienten zu viel, Ihre Pensionen waren viel zu hoch und ihre Privilegien waren unermesslich. Gut, in den letzten Jahren

hat sich die Lage in der Wirtschaft, bis auf den Einbruch von vor zwei Jahren, verbessert. Prinzipiell hat sich aber nicht viel verändert.

Dieser subjektiven Sicht, sollen objektive Daten gegenübergestellt werden, wobei es nicht auf den Euro oder das Prozent ankommt, sondern auf die Verhältnisse der einzelnen Faktoren zueinander und auf die Tendenzen der Entwicklung.

Man kann es sich einfach machen und den Statistischen Berichten Baden-Württemberg für „Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der vollzeittätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg im Jahr 2009“ entnehmen, dass das durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Angestellten im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich im Jahre 2009 44.505 € betragen hat. Dann kann man der Statistik entnehmen, dass das Land im Jahre 2009 seinen rd. 262.700 Beamten und Beschäftigten 9,34 Mrd. € bezahlt hat. Eine einfache Division ergibt ein durchschnittliches Einkommen je öffentlichen Bediensteten im Jahre 2009 von 35.648 €. Dies bedeutet vordergründig, ein rd. 25 % höheres Einkommen in der Wirtschaft, was ja schon etwas ist.

Bei dieser vereinfachten Betrachtung muss bedacht werden, dass die Landesverwaltung in den Ministerien, Universitäten, Hochschulen, Schulen und in der Justiz einen hohen Anteil an Universitäts- und Fachhochschulabsolventen beschäftigt, der sicherlich in der Wirtschaft so nicht gegeben ist. Dies lässt den Schluss zu, die wirkliche Differenz könnte noch größer sein.

Aus diesen Gründen soll die ganze Problematik nachstehend detaillierter untersucht werden.

Für den überwiegenden Teil der Menschen ist die Arbeit die Basis zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, wie sie in der allseits bekannten Bedürfnispyramide dargestellt sind. Viele kommen damit über die untersten Stufen nicht hinaus, manche bis zum höchsten Gipfel. Deshalb soll zuerst dargestellt werden, wie sich die Einkommen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst entwickelt haben. Diese Zahlen sind nur aussagekräftig, wenn gleichzeitig gezeigt wird, wie sich die „Kosten“ des Lebens entwickelt haben. Für das Ganze ist eine gemeinsame Basis notwendig.

2. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, des Steueraufkommens, der Lebenshaltungskosten und der Einkommen in Baden-Württemberg

Um den Aufwand vertretbar zu halten, wurden die leicht zu beschaffenden Zahlen seit 1974 verwendet. Diese sind auch ausreichend, da sie das Arbeitsleben der meisten abdecken. Obwohl jedem „altgedienten“ öffentlichen Beschäftigten und Beamten noch in Erinnerung ist, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst schon vor über vierzig Jahren niedriger waren als in der Wirtschaft, wurden die Einkommen in der Wirtschaft denen im öffentlichen Dienst für das Jahr 1974 gleich und auf 100 % gesetzt. Die „Schere“ die 1974 bereits schon bestand, wurde also außer Acht gelassen und nur die Entwicklung in den letzten 35 Jahren betrachtet.

Dabei hat sich das auch für den Verfasser erstaunliche Ergebnis gezeigt:

Steigerungen von 1974 bis 2009:

- des Steueraufkommens in Baden-Württemberg 355 %
- des Bruttoinlandsproduktes in B.-W. 397 %
- Angestelltegehälter in der Wirtschaft: 374 %
- öff. Beschäftigtegehälter und Beamtenbesoldung: 253 %
- des Preisindex, also Lebenshaltungskosten bzw. Inflationsrate 241 %

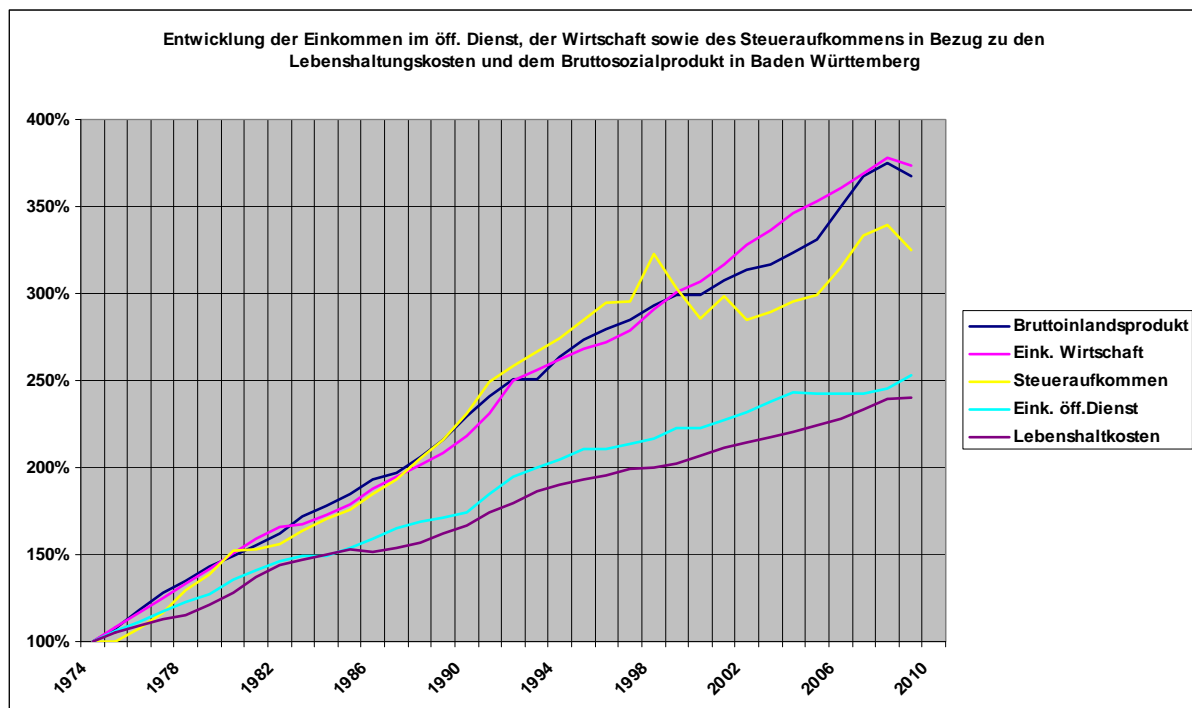


Bild 1

Diese Darstellung zeigt eindrücklich, dass sich die Einkommen im öffentlichen Dienst an der Lebenshaltungskostenentwicklung (der Geldentwertung) und sich die Einkommen in der Wirtschaft an der Entwicklung des Bruttoninlandsproduktes (dem wirtschaftlichen Wachstum) orientieren.

Ergebnis in Zahlen:

Dieser Auswertung kann entnommen werden, dass die Einkommen in der Wirtschaft in den Jahren 1974 bis 2009 um **rd. 48 %** stärker gestiegen sind, als im öffentlichen Dienst.

Weiterhin zeigt diese Auswertung, dass die öffentlichen Bediensteten in 35 Jahren lediglich eine Kaufkraftsteigerung von rd. 5 % erhalten haben. Dagegen haben die Bediensteten in der Wirtschaft eine Kaufkraftsteigerung von rd. **55 %** erreicht.

Besonders beachtlich ist, dass die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg ebenfalls um rd. **40 %** stärker gestiegen sind als die Ausgaben pro Beschäftigtem.

Erkenntnis:

Die Entwicklungen lassen sich in zwei „Gruppen“ mit unterschiedlicher Steigung einteilen. Die Einkommen in der Wirtschaft und das Einkommen des Staates, dargestellt durch das Steueraufkommen stiegen richtigerweise proportional zum Bruttoinlandsprodukt also zur Produktivität unseres Landes. Die Einkommen im öffentlichen Dienst wurden jedoch von dieser Entwicklung immer mehr abgekoppelt und orientieren sich an den Lebenshaltungskosten.

Mit anderen Worten, die öffentlichen Bediensteten sind seit gut fünfunddreißig Jahren von der Produktivitätssteigerung der deutschen Wirtschaft, zu der sie letztendlich ihren Beitrag geleistet haben, abgekoppelt. Sie haben in dieser Zeit praktisch einen Inflationsausgleich erhalten, mehr nicht.

3. Die Entwicklung der Einkommen in Euro in den verschiedenen Gehalts- und Vergütungsgruppen im Bezug auf die Entwicklung der Einkommen in der Wirtschaft

Wie im ersten Absatz von Kapitel 2 dargelegt, wird bei den Betrachtungen die Annahme gemacht, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft 1974 gleich gewesen seien, was so nicht stimmt, denn damals öffnete sich schon eine Schere zu Ungunsten des öffentlichen Dienstes.

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Einkommen im Jahre 1974 in den verschiedenen Vergütungs- und Besoldungsgruppen den vergleichbaren in der Wirtschaft gleichgesetzt und die Höhe des heutigen Einkommens und die Differenz berechnet und dargestellt. Die Beträge wurden auf der Basis 1974 der Gehälter des öffentlichen Dienstes mittels der durchschnittlichen Steigerungsraten berechnet.

Die Differenz zeigt die Beträge, die die öffentlichen Arbeitgeber mit dem Versprechen der sicheren Arbeitsplätze bei ihren Beschäftigten eingespart haben:

Ergebnis der Auswertung in Euro:

Jahr	Steigerung	A6	A9	A13	A16	B6	B9
		E6	E9	E13			
Lebensalter rd. 40 Jahre							

Basis 1974	1974	100%	878,00 €	1.049,00 €	1.556,00 €	2.090,00 €	3.041,00 €	3.562,00 €
öffentl. Dienst	2009	253%	2.221,34 €	2.653,97 €	3.936,68 €	5.287,70 €	7.693,73 €	9.011,86 €
Wirtschaft	2009	374%	3.283,72 €	3.923,26 €	5.819,44 €	7.816,60 €	11.373,34 €	13.321,88 €
Diff. pro Monat			1.062,38 €	1.269,29 €	1.882,76 €	2.528,90 €	3.679,61 €	4.310,02 €
Diff. pro Jahr			12.748,56 €	15.231,48 €	22.593,12 €	30.346,80 €	44.155,32 €	51.720,24 €

Ersparnis des Staates in 35 Jahren ohne Verzinsung			223.099,80 €	266.550,90 €	395.379,60 €	531.069,00 €	772.718,10 €	905.104,20 €
--	--	--	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

4. Geringeres Einkommen in der öffentlichen Verwaltung als Ausgleich zu sicherem Arbeitsplatz

Es wird immer wieder argumentiert, dass der sichere Arbeitsplatz ein hohes Gut sei und deshalb ein geringeres Einkommen rechtfertige. Dem kann man uneingeschränkt zustimmen. Ob dies aber eine um rund dreißig Prozent geringere Bezahlung einer gleichwertigen Leistung rechtfertigt, möge jeder für sich selbst entscheiden. Vor allem sollten sich die Verantwortlichen überlegen, ob es richtig ist, einer Gruppe die Teilhabe an der Produktivitätssteigerung unserer Gesellschaft, an der sie auch beteiligt waren, praktisch zu verweigern.

Erkenntnis:

Von den Mitarbeitern des Landes und der Kommunen werden demnach zwischen 1.000 € und 4.300 € pro Monat zusätzliche „Arbeitslosenversicherungsbeiträge“ durch ihren Arbeitgeber einbehalten, bzw. zwischen 12.748 € und 51.720 € im Jahr. In den vergangenen 35 Jahren also zwischen 223.099 € und 905.104 €. Bei einer Verzinsung von rd. 2 % der Ersparnisse des Staates kommt ziemlich genau die doppelten Beträge heraus.

5. Lebenshaltungskostenentwicklung und ihre Wirkung speziell auf Personen mit niedrigem Einkommen

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wird anhand des Verbraucherpreisindex dargestellt.

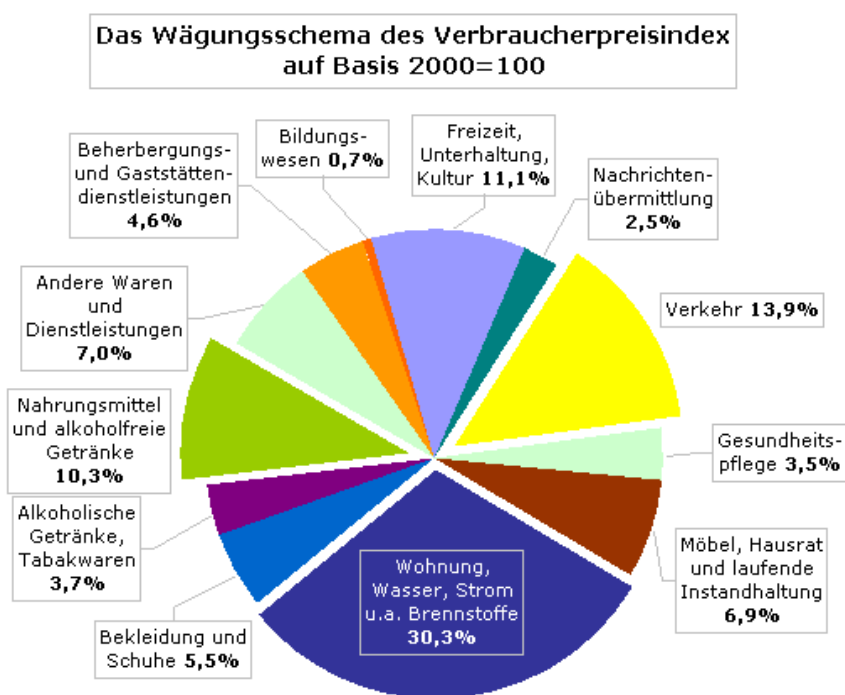
Was ist der Verbraucherpreisindex? (Quelle: Statistisches Landesamt B.-W.)

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisänderungen aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Monatlich werden hierfür in 18 Gemeinden unterschiedlicher Größe in Baden-Württemberg für rund 750 ausgewählte Waren und Dienstleistungen mehr als 35 000 Einzelpreise erhoben. Dabei reicht die Bandbreite vom Blattsalat über die Miete, die Pauschalreise oder den Computer bis hin zum Glas Bier in der Kneipe und dem Friseurbesuch. Die Ausgaben für diese Waren und Dienstleistungen repräsentieren die

durchschnittlichen Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte, wie sie sich im sogenannten Warenkorb widerspiegeln. Die Gewichtung dieser einzelnen Positionen des Warenkorbs ist im Wägungsschema festgelegt. Das Wägungsschema quantifiziert also welchen Stellenwert bestimmte Ausgaben an den gesamten Verbrauchsausgaben haben.

Wie setzt sich der Warenkorb zusammen?

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich der Anteil der einzelnen Produktgruppen kontinuierlich verschoben. Laufend verringert haben sich dabei z.B. die relativen Ausgabenanteile von Nahrungsmitteln und Getränken oder auch von Bekleidung und Schuhen. Dauerhaft an Bedeutung gewonnen haben demgegenüber die Ausgabenanteile für Wohnen, Freizeit, Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Derartige Verschiebungen in den Ausgabenanteilen für einzelne Produktgruppen im privaten Budget spiegeln auch den gestiegenen Wohlstand wider. Den gewichtigsten Anteil im aktuellen Warenkorb haben "Wohnung, Wasser, Strom u.a. Brennstoffe" mit über 30 %. Mit fast 14 % und damit erheblichem Abstand folgen die Ausgaben für Verkehr. Die Gütergruppe "Freizeit, Unterhaltung und Kultur" nimmt mit gut 11 % erstmals ein größeres Gewicht im Wägungsschema ein als die Ausgaben für "Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" mit mehr als 10 %.



Wenn also jemand entsprechend den prozentualen Anteilen im Warenkorb konsumiert, dann stiegen seine Ausgaben entsprechend der Statistik, seit 1974 um 241 %. Dies belegt vordergründig, die Menschen können sich mehr leisten, weil die Einkommen des öffentlichen Dienstes um 253 % und in der Wirtschaft um 374 %, also stärker gestiegen seien.

Es kommt aber, wie so oft, auf die konkreten Bedingungen der Betrachtung an.

Dies gilt, wie gesagt nur, für diejenigen, die den Anteilen im Warenkorb entsprechend konsumieren können und gilt nicht für alle diejenigen die nicht dem Warenkorb entsprechend konsumieren können, weil Ihnen das Geld fehlt um sich alles leisten können. Sie müssen sich auf den elementaren Bedarf sowie die Kosten für die Fahrt zur Arbeit konzentrieren, die ja lt. Wägungsschema nur rd. 50 % der Gesamtausgaben ausmachen. Dort sind jedoch die Faktoren mit den höheren Preissteigerungsraten enthalten. Die Produkte, des variablen Bedarfes mit den niedrigen Steigerungsraten bzw. den deutlichen Preissenkungen bleiben ihnen von vorn herein schon verwehrt.

Beispiele für überdurchschnittliche Veränderungen in den Sektoren des elementaren Bedarfes des Wägungsschemas für 2005 bis 2010:

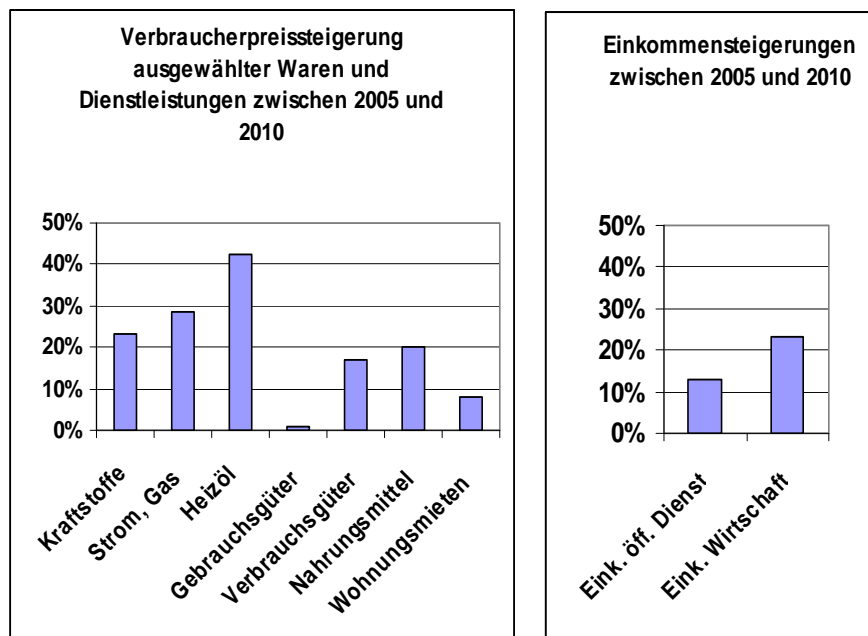


Bild 3 und 4

Die Diagramme zeigen deutlich das die Kosten des täglichen Bedarfs die öffentlichen Bediensteten und hier vor allem Familien stärker trifft, als die Bediensteten der Wirtschaft mit deutlich höherer Einkommenssteigerung.

Deutlicher wird das Problem der Menschen mit niedrigem Einkommen durch die nachstehende Grafik. Sie zeigt, wie viel eine Beschäftigte im öffentlichen Dienst bzw. eine Beschäftigte in der Wirtschaft je Sektor im Monat ausgeben kann, um der Verteilung des Warenkorbbes entsprechend zu konsumieren.

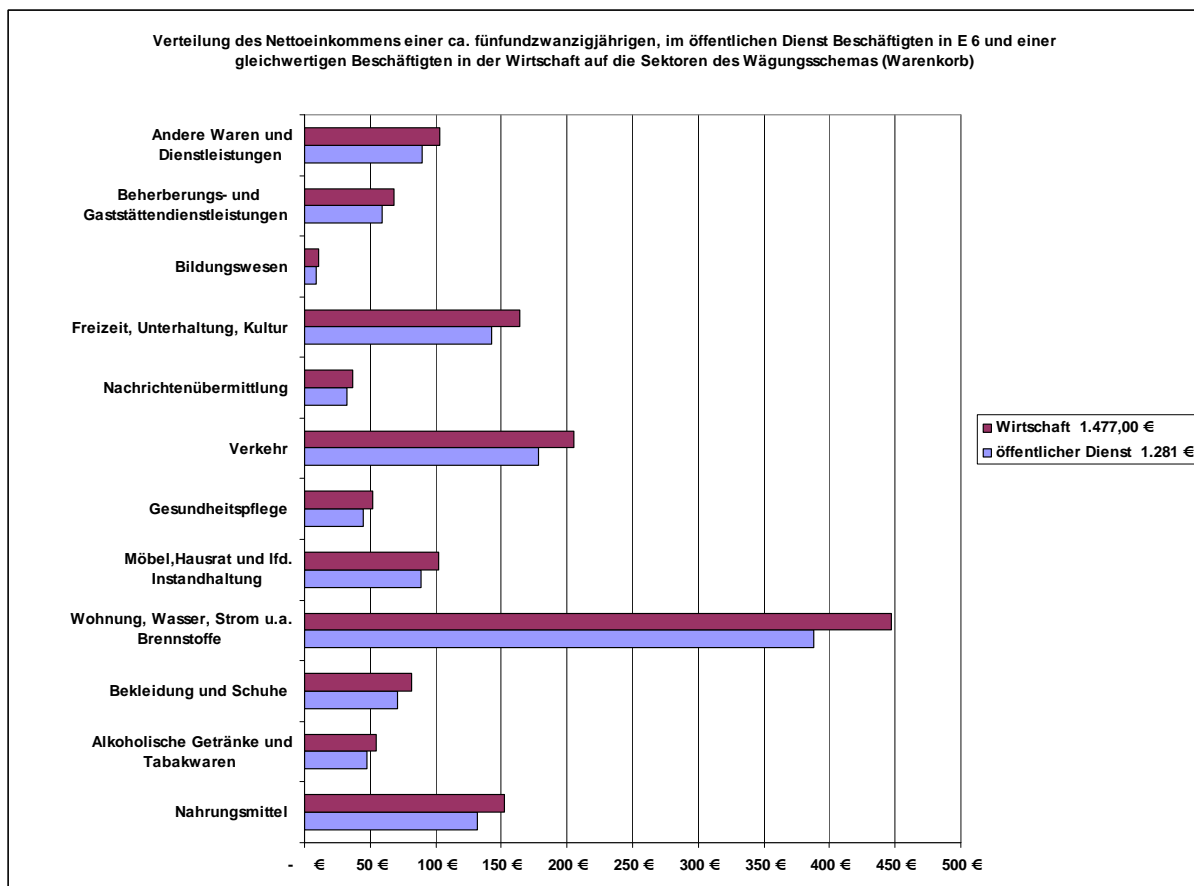


Bild 5

Die Lebensmittel dürfen dann nicht mehr als 130 € bzw. 160 €, die Wohnung incl. Umlagen und Heizung nicht mehr als 380 € bzw. 445 €, die Kleidung nicht mehr als 70 € bzw. 80 € kosten. Jedem wird klar, dass dies im mittleren Neckarraum und speziell in Stuttgart für die Beschäftigten in der Wirtschaft schlecht und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst schon gleich gar nicht möglich ist.

Dabei wird deutlich, dass es unmöglich ist, mit Einkommen von dieser Größenordnung Familien zu ernähren. Da hilft es dann auch nicht auf Kindergeld, Familienzuschläge und niedrigere Steuern zu verweisen.

Selbst ein alleinverdienender Beamter des gehobenen Dienstes, immerhin mit einer Fachhochschulausbildung, mit ca. 30 Jahren und einem Kind, dessen Frau zu Gunsten des Kindes im Kinderland Baden-Württemberg zuhause bleibt, bekommt Schwierigkeiten sich das leisten zu können, was der Warenkorb bietet, wie das nachstehende Diagramm zeigt. In diesem Nettoeinkommen sind alle Familienzuschläge, sowie das Kindergeld enthalten.

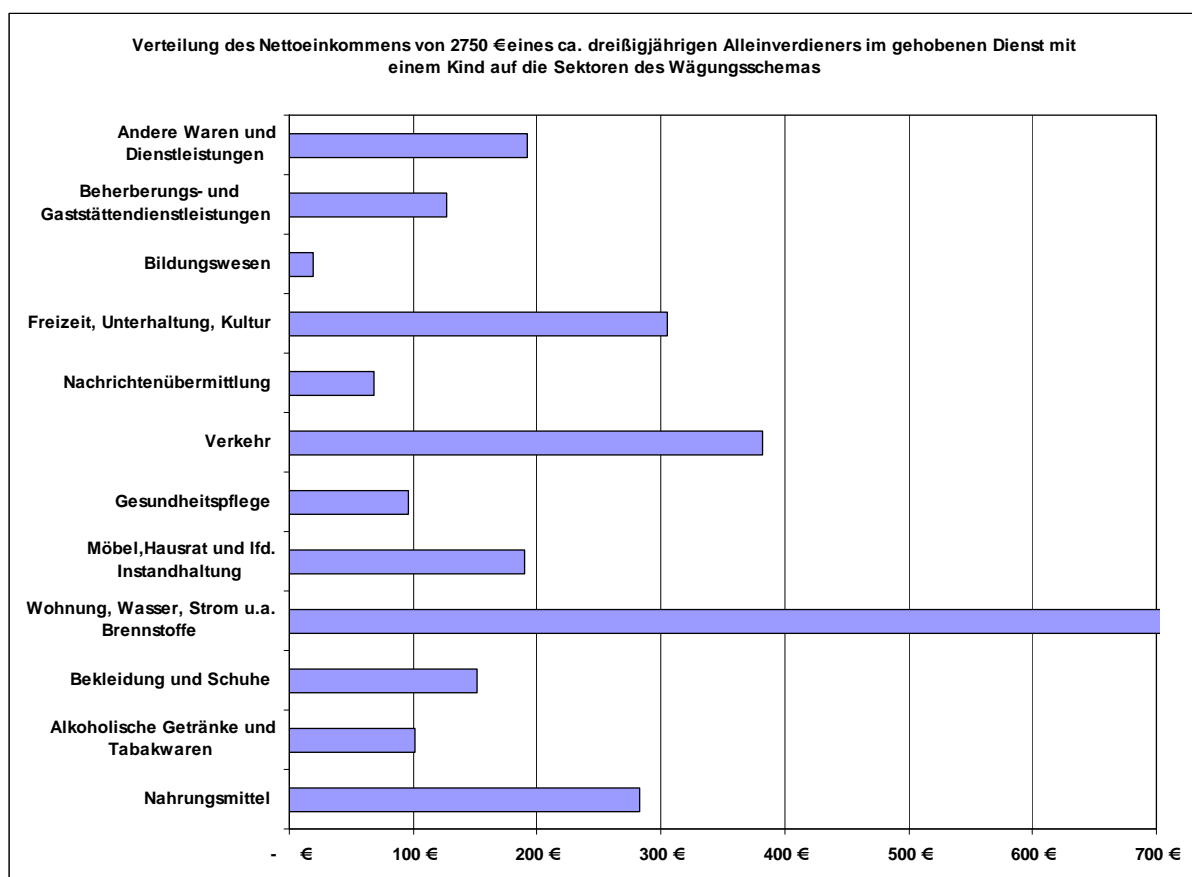


Bild 6

Wohnungsmiete einschl. Umlagen und Heizung für 700 € und maximal 280 € für die Nahrungsmittel sowie 150 € für die Kleidung einer dreiköpfigen Familie zeigen, dass es auch hier knapp hergeht.

Erkenntnis:

Die Erkenntnis dieses Kapitels, dass sich die Gehälter und Vergütungen im öffentlichen Dienst an der Lebenshaltungskostenentwicklung orientiert, ist nur bedingt richtig, weil die Berechnungsgrundlagen dafür, das Wägungsschema des Verbraucherindex, die Wirklichkeit für die unteren und mittleren Einkommen im öffentlichen Dienst nicht richtig widerspiegelt.

An der realen Kostensteigerung bemessen, liegt die Steigerungsrate der Einkommen im öffentlichen Dienst seit mehreren Jahren unterhalb der Lebenshaltungskostenentwicklung, also der Inflationsrate.

6. Ausgabenentwicklung des Landes

In den Kapiteln 1 bis 5 wurde die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Beschäftigten beleuchtet. Nun soll diese Entwicklung des Landes Baden-Württemberg betrachtet werden:

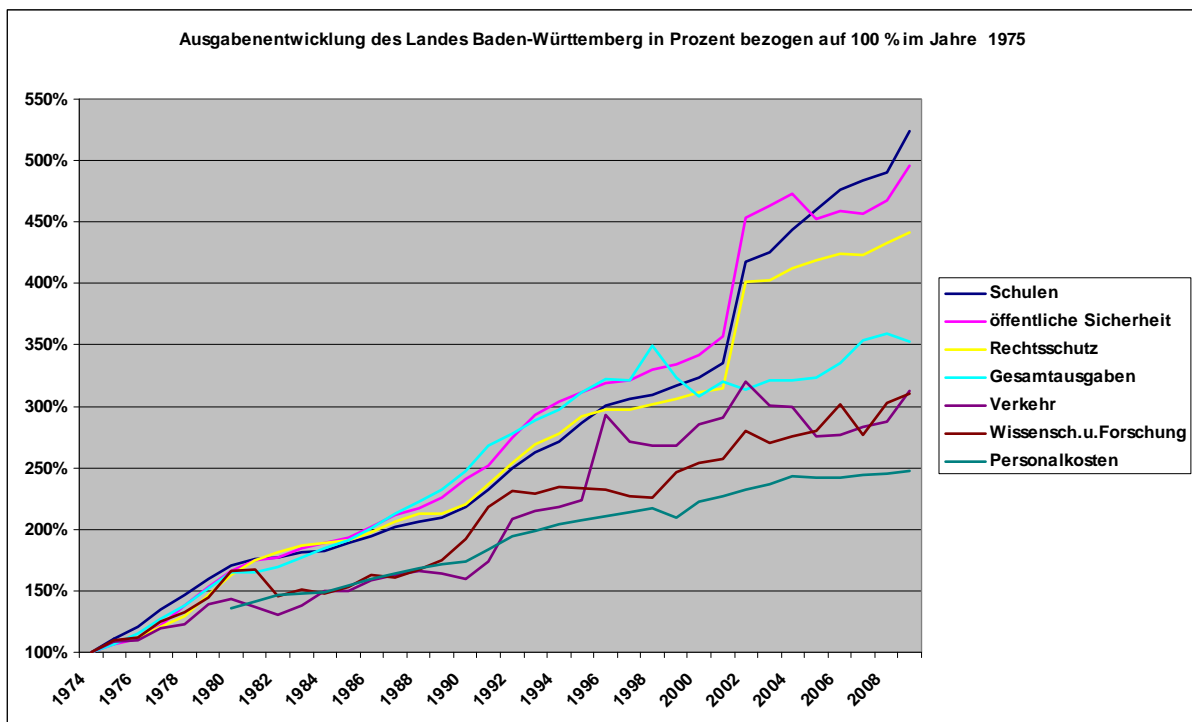


Bild 7

Bild 7 zeigt die Entwicklung der Gesamtausgaben und der Ausgaben in speziellen Bereichen sowie der Personalkosten des Landes.

Man kann den Grundsatz immer wieder erkennen, dass Einsparungen bei den Personalkosten zwingend notwendig sind, in anderen Bereichen jedoch als kleinbürgerlich und spießig dargestellt wird.

Erkenntnis:

Der Grafik kann entnommen werden, dass die Einkommen der Bediensteten die geringsten Zuwachsraten des Landeshaushaltes aufweisen.

Die Behauptung der Politik, die Entwicklung der Personalkosten für die aktiven Bediensteten seien im Wesentlichen verantwortlich für die derzeitige Situation, ist durch diese Statistik widerlegt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Zahlungen an die Bediensteten, auch einschließlich der Pensionszahlungen, sind durch die unterdurchschnittlichen Steigerungsraten die stabilisierenden Faktoren der Haushalte des Landes. Hätte man in den vergangenen dreißig Jahren die Ausgabenentwicklung so gestaltet, wie die Personalkostenentwicklung, dann sähe heute manches besser aus. Hätten die öffentlichen Bediensteten bei den Einkommen die gleichen Steigerungsraten wie in der Wirtschaft erhalten, dann sehe es wesentlich düsterer aus, wie das nächste Kapitel zeigt.

7. Was wäre wenn ...

... die öffentlichen Bediensteten die gleichen Einkommenssteigerungen erhalten hätten, wie die Angestellten in der Wirtschaft. Dies zeigt die nachstehende Grafik durch die Kurve des fiktiven Einkommens. Die Ausgaben des Landes würden dann den fiktiven Ausgaben entsprechen, unter der Annahme, dass wegen dieser höheren Bezahlung keine zusätzlichen Schulden hätten gemacht werden müssen.

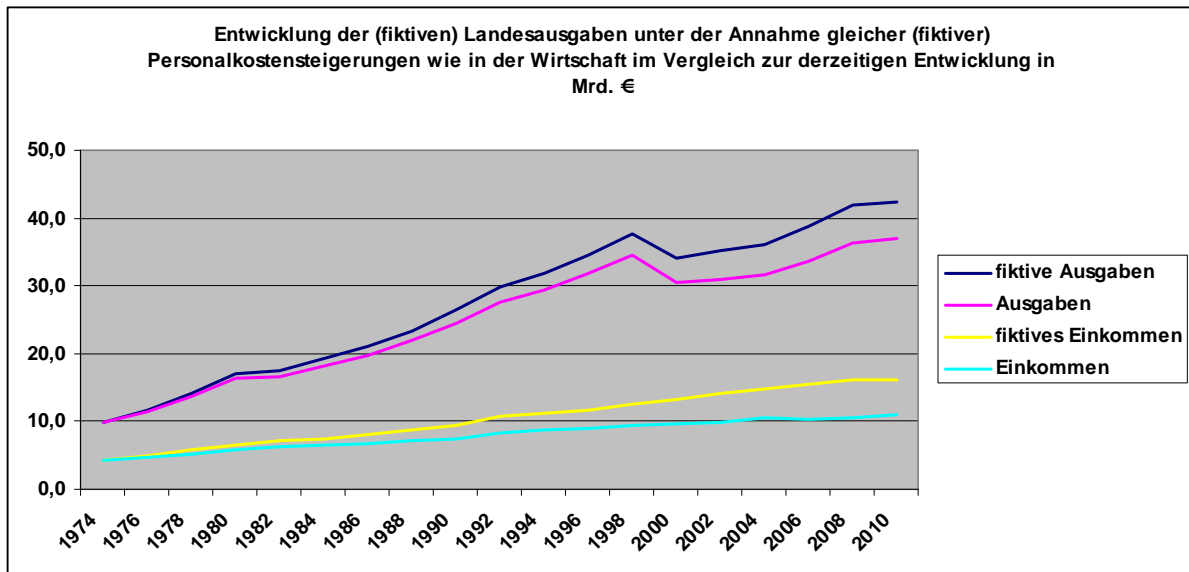


Bild 8

Diese Annahme ist unwahrscheinlich. Die zusätzliche hierfür notwendige Schuldenaufnahme hätte noch mit Zins und Zinseszins in der Schuldenstatistik angesetzt werden müssen, wie folgendes Bild zeigt.

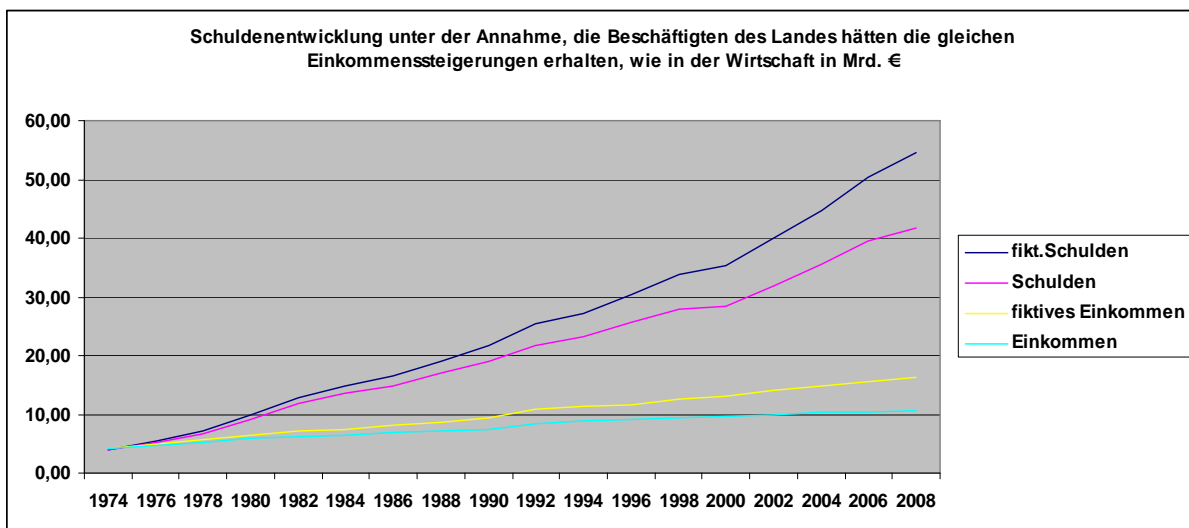


Bild 9

Erkenntnis:

Der Schuldenstand des Landes Baden-Württemberg wäre um rd. 30 % höher, wenn die öffentlichen Bediensteten ein, der Wirtschaft entsprechendes Einkommen erhalten hätten. Diese zusätzliche Belastung des Landes haben die öffentlichen Bediensteten durch ihren jahrzehnte langen Lohnverzicht verhindert. Die Frage, ob dies nicht genug an Vorleistungen bedeutet, ist sicherlich nicht unsozial. Ob weitere einseitigen Belastungen gerechtfertigt sind, ist äußerst fraglich.

8. Entwicklung der Schulden in Bezug zu den Steuereinnahmen

1974 ist ein denkwürdiges Jahr. In diesem Jahr verabschiedete sich die damalige Landesregierung von dem Grundsatz, dass Schulden nur für Sachinvestitionen gemacht werden sollten. Im Jahr davor entsprach die Schuldenaufnahme fast dem Investitionsvolumen. 1974 wurden bereits doppelt so viel Schulden aufgenommen, wie für Investitionen ausgegeben wurden. Dieses Verhältnis, Schulden zu Investitionen vergrößerte sich unaufhörlich bis heute, wie die nachstehende Grafik deutlich macht.

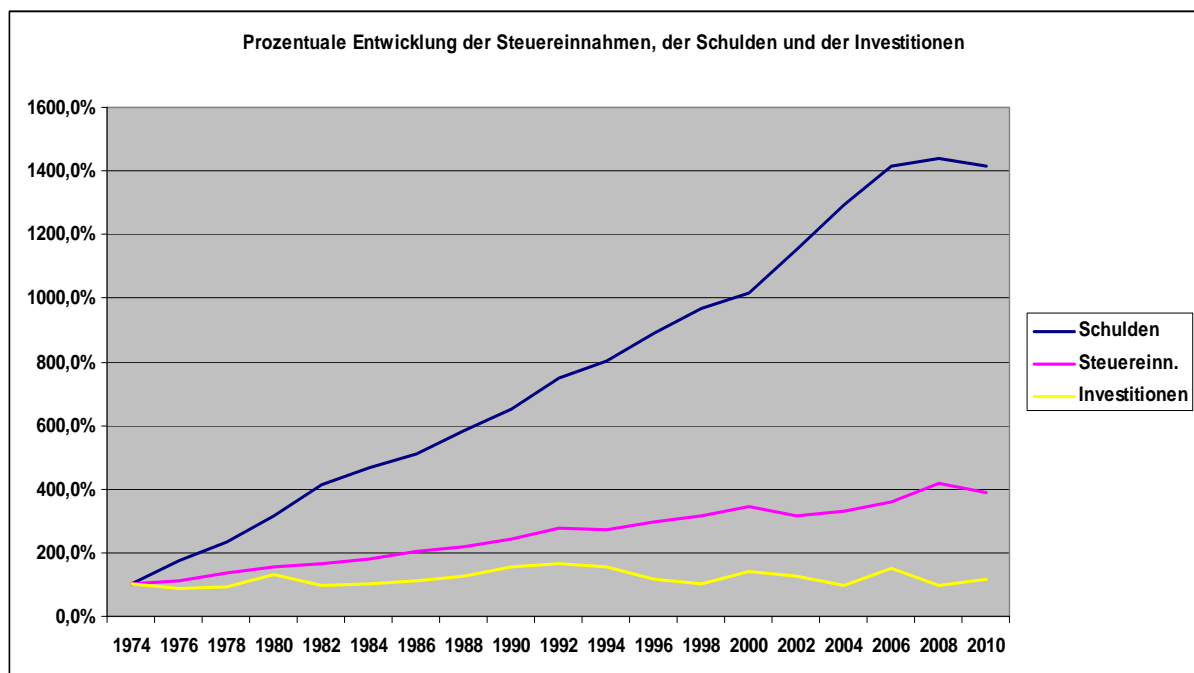


Bild 8

In diesen fünfunddreißig Jahren wuchsen die Steuereinnahmen und dazu überproportional die Schulden kontinuierlich - gleichgültig ob Hochkonjunktur, Stagnation oder Rezession herrschte. Es ist kein antizyklisches Verhalten des Staates zur Wirtschaft zu erkennen.

Erkenntnis:

Bereits Anfang der achtziger Jahre war zu erkennen, dass bei dieser kontinuierlichen Entwicklung der beiden Faktoren eine Senkung der Schulden immer schwieriger und bei weiterem Divergieren mit jedem weiteren Jahr unmöglicher wird.

9. Die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 35 Jahren

Im vorherigen Kapitel wurde die Schuldenentwicklung dargestellt, die, wenn überhaupt, nur vertreten werden kann, wenn die Sicherheit eines zukünftig andauernden Wachstums besteht und dass es immer genügend Menschen gibt, die die Zinszahlungen und die Tilgungen erwirtschaften können. Der nachstehenden Grafik kann entnommen werden, dass die Verantwortlichen spätestens ab dem Jahre 1996 erkennen konnten, sofern es sie interessiert hätte, dass die Entwicklung so läuft, dass an eine Schuldentilgung fast nicht mehr zu denken ist. Denn die Anzahl der unter 15 jährigen stagnierte, die Anzahl der 15 bis 40 jährigen sank, die Anzahl der 40 bis 65 jährigen und der über 65 jährigen stieg kontinuierlich. Logische Konsequenz für die Zukunft ist, dass die Anzahl der Berufstätigen sinkt oder stagniert und die Anzahl der zu Versorgenden steigt. Die Grafik zeigt, dass es seit dem Jahr 2003 mehr über fünf- undsechzigjährige als unter fünfzehnjährige gibt. Seit dem Jahr 2004 gibt es mehr vierzig- bis fünfundsechzigjährige als fünfzehn- bis vierzigjährige. Das beweist, die Tendenz ist für die nächsten Jahrzehnte gefestigt.

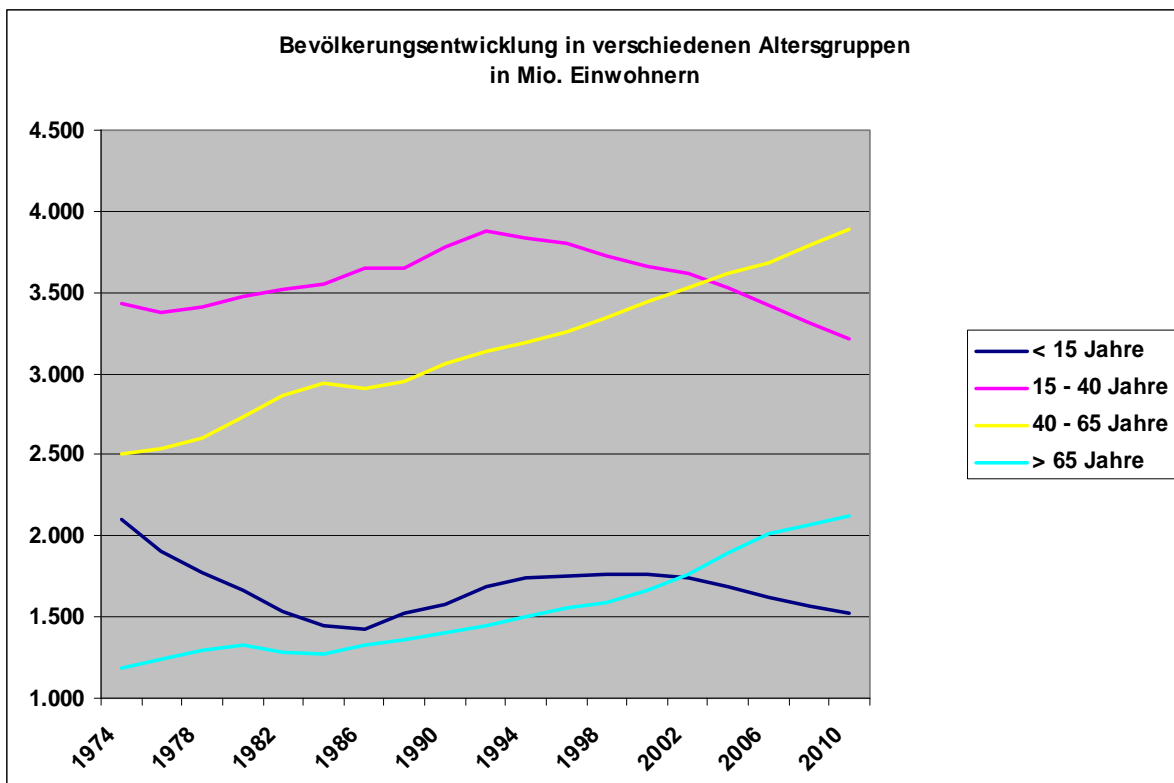


Bild 9

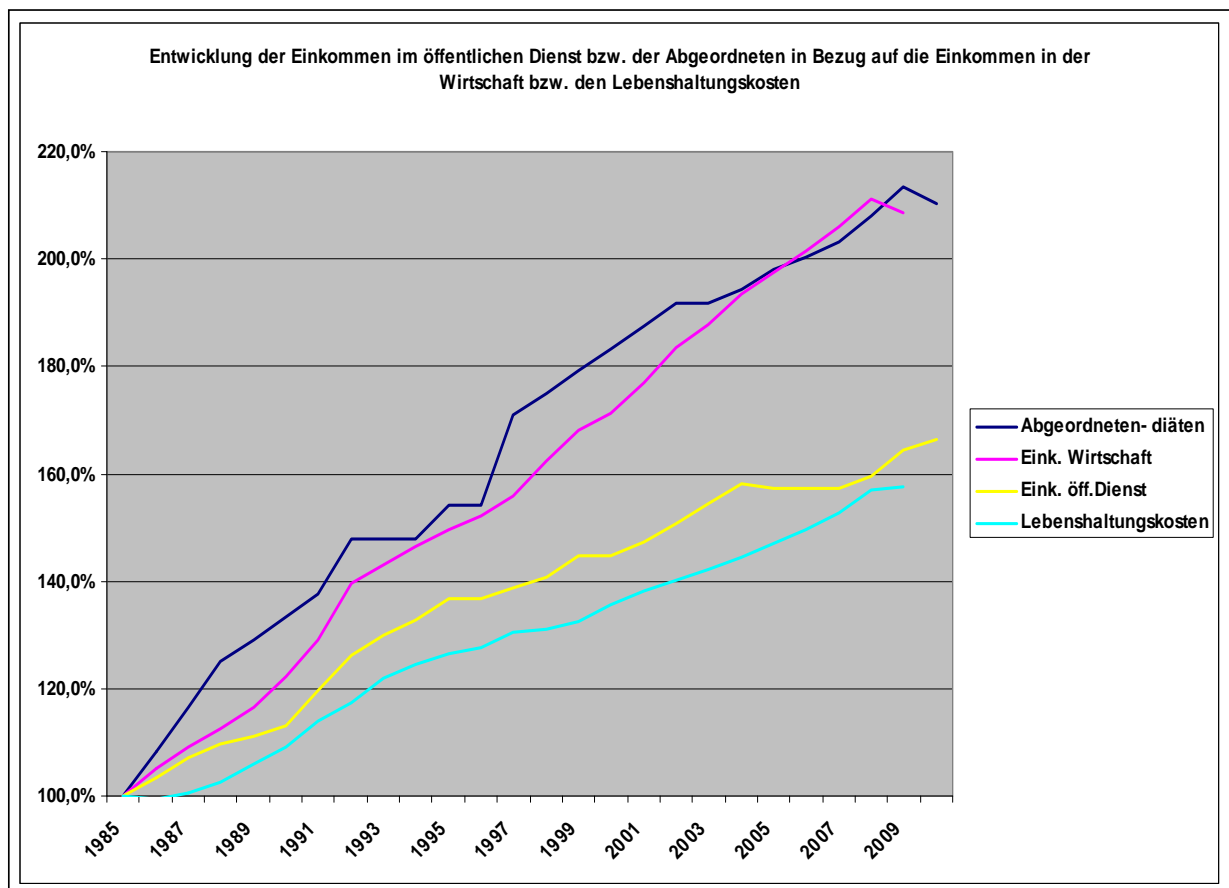
Erkenntnis:

Seit knapp einem Jahrzehnt konnte man erkennen, dass für die Rückzahlung der aufgelaufenen Schulden in Zukunft nicht genügend Menschen im arbeitsfähigen Alter mehr zur Verfügung stehen würden. Dies wurde von einigen erkannt. Der Staat muss zweifellos sparen, aber er muss an den richtigen Stellen sparen, nämlich dort, wo seine Leistungen keine Produktivitätssteigerungen bringen, sondern nur weitere Kosten verursachen. Die Landesregierung hatte eine Zeit lang Aufgabenabbau auf seine Fahnen geschrieben, ziemlich erfolglos, weil die Betroffenen nicht mitmachen wollten. Verwaltungsreform und den widerspenstigen Mitarbeitern die Einkommen kürzen, war die Trotzreaktion. Ob dies vernünftig ist, ist unwahrscheinlich, billiger wird es höchstwahrscheinlich auch nicht, eher teurer durch Frustration und Demotivation der für die Umsetzung dringend notwendigen Mitarbeiter und durch zum Teil schlechter funktionierende Strukturen.

10. Etwas zum Thema „Anderen Wasser predigen und selber Wein trinken

Möglicherweise nicht formaljuristisch, doch unbestritten, sind unsere Abgeordneten „Bedienstete“ des Landes, da sie ihre Diäten aus derselben „Kasse“ bekommen, wie die übrigen Beschäftigten und Beamten. Man kann auch nicht sagen, dass sie sich übermäßig aus der gemeinsamen Kasse bedienen. Man kann aber sicher sagen, dass sie an sich selbst andere Maßstäbe anlegen als an diejenigen, für die sie Verantwortung tragen.

Wenn man in ein Diagramm die Entwicklung der Diäten und der Einkommen im öffentlichen Dienst den Einkommen in der Wirtschaft, sowie den Lebenshaltungskosten gegenüberstellt, so erkennt man, dass die Abgeordneten ihre Diäten an die Einkommen in der Wirtschaft angelehnt und die Einkommen „ihrer Mitarbeiter“ an den Lebenshaltungskosten bzw. an der Geldentwertung orientiert haben. Dazwischen hat sich, wie vorher gezeigt, über Jahrzehnte jedoch eine große Schere aufgetan, wie die nachstehende Grafik deutlich macht:



Über Jahrzehnte lagen die Steigerungsraten der Diäten sogar deutlich über den Einkommen in der Wirtschaft. Erst seit der Erkenntnis, dass es beim Volk nicht gut ankommt, wenn man über sein eigenes Einkommen selbst beschließt, hat sich tendenziell was geändert. Es würde dem Ansehen der Abgeordneten jedoch sicher nützen, wenn sie ihre Diätensteigerungen zumindest in die Mitte zwischen dem Einkommen in der Wirtschaft und dem Einkommen im öffentlichen Dienst legen würden.

Wie die Grafik zeigt, liegen seit dem Beschluss, ein unabhängiges Gremium mit der Berechnung der Diäten zu beauftragen, die Diätensteigerungen nicht mehr oberhalb der Einkommen in der Wirtschaft. Böse Zungen munkeln deshalb, dass die geplante Umwandlung unseres Teilzeitparlamentes in ein Vollzeitparlament nur den Sinn haben kann, die Diäten deutlich zu steigern, denn mehr Leistung ist ja unmöglich, da die Abgeordneten bisher schon ihre ganze Kraft für uns alle eingesetzt haben.

11. Zusammenfassung der Erkenntnisse aus den Kapiteln

Erkenntnis aus Kapitel 2 - Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, des Steueraufkommens, der Lebenshaltungskosten und der Einkommen in Baden-Württemberg:

Die Entwicklungen lassen sich in zwei „Gruppen“ mit unterschiedlicher Steigung einteilen. Die Einkommen in der Wirtschaft und das Einkommen des Staates, dargestellt durch das Steueraufkommen stiegen richtigerweise proportional zum Bruttoinlandsprodukt also zur Produktivität unseres Landes. Die Einkommen im öffentlichen Dienst wurden jedoch von dieser Entwicklung immer mehr abgekoppelt und orientieren sich an den Lebenshaltungskosten.

Mit anderen Worten, die öffentlichen Bediensteten sind seit gut fünfunddreißig Jahren von der Produktivitätssteigerung der deutschen Wirtschaft, zu der sie letztendlich ihren Beitrag geleistet haben, abgekoppelt. Sie haben in dieser Zeit praktisch einen Inflationsausgleich erhalten, mehr nicht.

Erkenntnis aus Kapitel 4 - Geringeres Einkommen in der öffentlichen Verwaltung als Ausgleich für den sicheren Arbeitsplatz

Von den Mitarbeitern des Landes und der Kommunen werden demnach zwischen 1.000 € und 4.300 € pro Monat zusätzliche „Arbeitslosenversicherungsbeiträge“ durch ihren Arbeitgeber einbehalten, bzw. zwischen 12.748 € und 51.720 € im Jahr. In den vergangenen 35 Jahren also zwischen 223.099 € und 905.104 €. Bei einer Verzinsung von rd. 2 % der Ersparnisse des Staates kommt ziemlich genau die doppelten Beträge heraus.

Erkenntnis aus Kapitel 5 - Lebenshaltungskostenentwicklung und ihre Wirkung speziell auf Personen mit niedrigem Einkommen:

Die Erkenntnis dieses Kapitels, dass sich die Gehälter und Vergütungen im öffentlichen Dienst an der Lebenshaltungskostenentwicklung orientiert, ist nur bedingt richtig, weil die Berechnungsgrundlagen dafür, das Wägungsschema des Verbraucherindex, die Wirklichkeit für die unteren und mittleren Einkommen im öffentlichen Dienst nicht richtig widerspiegelt.

An der realen Kostensteigerung bemessen, liegt die Steigerungsrate der Einkommen im öffentlichen Dienst für die meisten, seit mehreren Jahren unterhalb der Lebenshaltungskostenentwicklung, also der Inflationsrate.

Erkenntnis aus Kapitel 6 - Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Landes:

Der Grafik kann entnommen werden, dass von den Bereichen Soziales und Gesundheit abgesehen, die Einkommen der Bediensteten die geringsten Zuwachsraten des Landeshaushaltes aufweisen.

Die Behauptung der Politik, die Entwicklung der Personalkosten für die aktiven Bediensteten seien im Wesentlichen verantwortlich für die derzeitige Situation, ist durch diese Statistik widerlegt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Zahlungen an die Bediensteten, auch einschließlich der Pensionszahlungen, sind durch die unterdurchschnittliche Steigerungsrate die stabilisierenden Faktoren der Haushalte des Landes. Hätte man in den vergangenen dreißig Jahren die Ausgabenentwicklung so gestaltet, wie die Personalkostenentwicklung, dann sähe heute manches besser aus. Hätten die öffentlichen Bediensteten bei den Einkommen die gleichen Steigerungsrate wie in der Wirtschaft erhalten, dann sehe es wesentlich düsterer aus, wie das nächste Kapitel zeigt.

Erkenntnis aus Kapitel 7 - Was wäre wenn...:

Der Schuldenstand des Landes Baden-Württemberg wäre um 30 % höher, wenn die öffentlichen Bediensteten ein der Wirtschaft entsprechendes Einkommen erhalten hätten. Diese zusätzliche Belastung des Landes haben die öffentlichen Bediensteten durch ihren jahrzehnte langen Lohnverzicht verhindert. Die Frage, ob dies nicht ge-

nug an Vorleistungen bedeutet, ist sicherlich nicht unsozial. Ob weitere einseitigen Belastungen gerechtfertigt sind, ist äußerst fraglich.

Erkenntnis aus Kapitel 8 - Entwicklung der Schulden in Bezug zu den Steuereinnahmen

Bereits Anfang der achtziger Jahre war zu erkennen, dass bei dieser kontinuierlichen Entwicklung der beiden Faktoren eine Senkung der Schulden immer schwieriger und bei weiterem Divergieren mit jedem weiteren Jahr unmöglicher wird.

Erkenntnis aus Kapitel 9 - Die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 35 Jahren

Seit knapp einem Jahrzehnt konnte man erkennen, dass für die Rückzahlung der aufgelaufenen Schulden in Zukunft nicht genügend Menschen im arbeitsfähigen Alter mehr zur Verfügung stehen würden. Dies wurde von einigen erkannt. Der Staat muss zweifellos sparen, aber er muss an den richtigen Stellen sparen, nämlich dort, wo seine Leistungen keine Produktivitätssteigerungen bringen, sondern nur weitere Kosten verursachen. Die Landesregierung hatte eine Zeit lang Aufgabenabbau auf seine Fahnen geschrieben, ziemlich erfolglos, weil die Betroffenen nicht mitmachen wollten. Verwaltungsreform und den widerspenstigen Mitarbeitern die Einkommen kürzen, war die Trotzreaktion. Ob dies vernünftig ist, ist unwahrscheinlich, billiger wird es höchstwahrscheinlich auch nicht, eher teurer durch Frustration und Demotivation der für die Umsetzung dringend notwendigen Mitarbeiter und durch zum Teil schlechter funktionierende Strukturen.

12. Resümee

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat sich eine Entwicklung ergeben, die vielleicht nicht zu einer Zweiklassengesellschaft geführt hat, aber doch zwei Gruppen von Beschäftigten entstehen ließ. Die eine lebt, wie der Volksmund sagt, in „gesicherter Armut“, die andere lebt in „mehr oder weniger unsicherem Reichtum“. Wobei Armut und Reichtum hier nicht zu wörtlich genommen werden darf.

Diese Trennung vollzog sich über Jahrzehnte schleichend, sodass man kaum bemerkte, wie groß der Unterschied bereits ist. Über 30 bis 40 Jahre hinweg eine jährliche Gehaltssteigerungsdifferenz zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst von einem Prozent „wegen des sicheren Arbeitsplatzes“ ergibt eben mit Zins und Zinseszins in dieser Zeit einen Unterschied von vierzig bis fünfzig Prozent brutto. Die öffentlichen Bediensteten haben sich mit dieser Entwicklung abgefunden und ihr Ausgabenverhalten nach unten angepasst - die öffentlichen Arbeitgeber auch, indem sie das eingesparte Geld für öffentliche Wohltaten, auch zu ihrem eigenen Renommee, unters Volk gebracht haben. Und zwar nicht nur das Geld, das sie durch die „preisgünstigen“ Mitarbeiter eingespart haben, sondern auch das Geld, das sie für deren Altersversorgung hätten aufsparen müssen. Das Volk gewöhnte sich an diese steigenden Wohltaten. Als die regulären Einnahmen des Staates nicht mehr reichten, wurden Kredite aufgenommen um die Wahrheit der Staatssituation nicht offenbaren zu müssen.

Diese Entwicklung wurde in dieser Arbeit mit offiziellen Statistikzahlen und deren Aufbereitung belegt. Erkennbar ist die Entwicklung wie sooft in den Extremen. Ein Ministergehalt ist einschließlich den Pensionsansprüchen geradezu lächerlich gegenüber den Einkommen der Vorstände in vergleichbaren Wirtschaftsbetrieben. Dementsprechend sieht die Abstufung aus bis zur untersten Gehaltsstufe oder Besoldungsgruppe. Selbst die Vorstandsgehälter in den Staatsbetrieben liegen um ein Vielfaches höher als die Gehälter der für die Betriebe zuständigen Politiker.

Von den Führern in Wirtschaft und Politik wird unisono festgestellt, die hohen Löhne und Lohnnebenkosten in Deutschland seien Schuld an unseren Problemen. Vielleicht sind die Löhne und Gehälter in der Wirtschaft, die im Durchschnitt von über fünfzig Jahren brutto vierzig Prozent über denen in der öffentlichen Verwaltung liegen, zu hoch - sie sind zeitweise stärker als das Bruttoinlandsprodukt gestiegen, was schon ein Indiz für zu hohe Löhne wäre. Dann muss aber dort abgebaut und gespart werden, wo viele Jahrzehnte überdurchschnittlich, ja sogar überhöht bezahlt wurde und nicht bei denen, die sich über Jahrzehnte moderat verhalten und damit kostendämpfend gewirkt haben. Wobei es klar ist, dass auch in der Wirtschaft Menschen mit Minimallöhnen leben müssen. Diese Probleme müssen aber ebenfalls dort gelöst werden.

Den öffentlichen Bediensteten bis in die obersten Ebenen können gerechter Weise erst wieder Belastungen auferlegt werden, wenn der Abstand zu den Beschäftigten in der Wirtschaft wieder so weit geschrumpft ist, dass er mit dem sichereren Arbeitsplatz begründet werden kann. Dies ist auch vom finanziellen Rahmen des Landes Baden-Württemberg her möglich. Jeder weiß, dass genügend Geld vorhanden ist, es wird aber aus verschiedenen persönlichen Interessen der Politik heraus so verwendet, dass für die Mitarbeiter nicht mehr so viel da ist, um sie, auf dem sicheren Arbeitsplatz entsprechend niedrigerem Niveau, an der üblichen Einkommensentwicklung in Deutschland teilnehmen lassen zu können.

Begründet wurden alle bisherigen Kürzungen bei den Bediensteten damit, dass ein Personalkostenanteil von 40 % zu hoch und das jeweils letzte Tarifverhandlungsergebnis verantwortungslos gewesen sei. Dies ist eine (Schutz)-Behauptung die durch nichts belegt werden kann. Genauso könnte eine Zahl von 30 % oder 50 % genannt werden. Das Land ist mit seinen Lehrern, Hochschullehrern, Richtern, Staatsanwälten, Ärzten, Verwaltungsjuristen, Verwaltungsbeamten, Wissenschaftlern und Polizisten ein typischer „Dienstleistungsbetrieb“. Der überwiegende Teil der Landesbediensteten (rd. 60 %) hat eine akademische oder Fachhochschulausbildung, die so in der Wirtschaft sicherlich nicht gegeben ist. Schon aus diesen Gründen müssten die Durchschnittsgehälter beim Staat höher sein als in der Wirtschaft - das Gegenteil ist jedoch der Fall.

Seinen solidarischen Beitrag zu leisten, wie von der Regierung gefordert, kann nicht bedeuten, dass denen noch genommen wird, deren Gehalt sich jahrzehntelang an der Inflationsrate bemessen hat, sobald es denen schlechter geht, deren Gehalt sich am Produktivitätszuwachs oder darüber orientiert hat.

Es muss gespart werden, aber zuerst sozialverträglich bei denen, die die hohen Kosten in der Wirtschaft mitverursacht und daran vierzig Prozent mehr verdient haben, denn offensichtlich sind dort die Lohnkosten so hoch, dass sie nicht mehr von den Firmen erwirtschaftet werden können und Betriebe ins Ausland verlagert werden müssen.

Im Bürgerforum fordert die Landesregierung die Bürger und ihre Bediensteten auf, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Es wird deshalb vorgeschlagen die Legis-

lative und Exekutive durch eine rigorose Verkleinerung kostengünstiger und schlagkräftiger zu machen, indem die Anzahl der Bundesländer und damit die Zahl der Parlamente reduziert wird. In den einzelnen Ländern könnte durch eine Wahlkreisreform die Größe der Parlamente verkleinert werden. Darüber hinaus könnten durch Zusammenlegungen Ministerien eingespart werden.

Wenn dies geschehen ist und damit der Sparwille der Verantwortlichen am eigenen Leib bewiesen ist, dann wären auch die Bediensteten, wenn dann überhaupt noch nötig, sicherlich gerne zu weiteren Opfern bereit.